

Rudolph Bauer

**Biopolitik, Big Pharma, High Tech und Big
Money**

**Biopolitica, Big Pharma, High Tech e Big
Money**

ProMosaik 2021

Impressum/Menzioni legali:

Zweisprachige Ausgabe/Edizione bilingue: ProMosaik LAPH, 2021.

Originaltitel/titolo originale della pubblicazione tedesca: Krisen, Pandemie und Großer Umbruch Als Hygienegemeinschaft auf dem Weg in den softtotalitären Überwachungskapitalismus

Erstveröffentlichung in deutscher Sprache/prima pubblicazione in lingua tedesca in:

Almuth Bruder-Bezzel, Klaus-Jürgen Bruder & Jürgen Günther (curatori) (2022): *Corona. Die Inszenierung einer Krise*. Berlin: Sodenkamp & Lenz, gennaio/febbraio del 2022

Italienische Übersetzung/traduzione italiana: Milena Rampoldi

Alle Rechte vorbehalten/tutti i diritti riservati.

Rudolph Bauer/Milena Rampoldi.

Inhaltsverzeichnis/Indexe

Der maskierte Totalitarismus	5
Biopolitik, Big Pharma, High Tech und Big Money	
I. Um welche Krisen es sich handelt	7
II. Auf welche Weise Krisenbewältigung erfolgt	19
III. Postskriptum	33
Literaturverzeichnis	35
Il totalitarismo mascherato	43
Biopolitica, Big Pharma, High Tech e Big Money	
I. Di che crisi si tratta?	45
II. La modalità di affrontare una crisi	56
III. Post-scriptum	70
Bibliografia	72

Der maskierte Totalitarismus

Biopolitik, Big Pharma, High Tech und Big Money

Die Fokussierung auf die „Corona-Krise“ lenkt ab von den zentralen Krisen des 21. Jahrhunderts. Die massiven Verwerfungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft haben ein globales Ausmaß erreicht. Die meisten Regierungen verordneten nach der Ausrufung der Covid-19-Pandemie durch die Weltgesundheitsorganisation WHO eine Vielzahl freiheitsbeschränkender Notstandsmaßnahmen.

Glau**bt** man denen, welche die demokratiefeindlichen Ermächtigungen beschlossen haben, dienen sie dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung. In Wahrheit handelt es sich um Wegmarken für einen softtotalitären Umsturz auf der Massenbasis einer biofaschistischen Hygienegemeinschaft. Zweck der vordergründig einem Virus geschuldeten Ausnahmepolitik ist die Machtergreifung des digitalen und biopolitischen Überwachungskapitalismus (vgl. Zuboff 2018). Er stellt eine Antwort der Herrschenden dar auf die ökonomischen, sozialen und politischen Zentralkrisen der Gegenwart.

Ein Vergleich mit der Entwicklung in den 1920er und -30er Jahren liegt auf der Hand. Bei den meisten Menschen der politisch wenig interessierten und meist einseitig informierten Bevölkerung lösen die historischen Parallelen allerdings eine kognitive und emotionale

Abwehrhaltung aus, nicht unähnlich dem Romantitel von Sinclair Lewis (1935 / 1984): „It Can't Happen Here“ („Das ist bei uns nicht möglich“).

Auch das Propaganda-Kennwort für den vom Weltwirtschaftsforum WEF und seinem Vorsitzenden Klaus Schwab propagierten Prozess der Krisenbewältigung im Interesse von Kapital und Imperialismus bekennt sich nicht offen zum verdeckten Ziel einer Abschaffung demokratischer Strukturen in einer kooperativen Gesellschaft ohne Überwachung und Zwangsmedikalisierung. Die Parole lautet werbewirksam und vieldeutig: „Great Reset“ (Schwab & Malleret 2020) – zu Deutsch: „Der große Neustart“ (Monck 2021) oder „Der große Umbruch“.

Der folgende Beitrag beschreibt zunächst die zentralen Krisen der Gegenwart. Anschließend werden die Maßnahmen der Krisenbewältigung dargestellt. Es wird aufgezeigt, welche besonderen Gefahren für die menschliche Gattung sich schon jetzt abzeichnen und in Zukunft damit verbunden sein werden.

I. Um welche Krisen es sich handelt

Krise ist „ein Symptom sozialen Wandels, sie weist hin auf qualitative Veränderung“ (Hamm 2006, S. 53). Charakteristisch sind Krisen für eine politische, ökonomische und „gesellschaftliche Entwicklung, in der bestimmte Variablen Werte annehmen, die normalerweise und nach bisheriger Erfahrung nicht für tolerabel gehalten werden (...), in der die Regelungskapazität der bestehenden Institutionen überfordert ist“ (ebd.).

I.1 Krisen der Wirtschaft und des Finanzwesens

Im Bereich der Ökonomie zeigt sich das globale Krisenszenario der Gegenwart auf vielfältige Weise, u. a. in Gestalt von Wirtschaftskrisen im Allgemeinen und von Schuldenkrisen, Finanz- und Bankenkrisen, Handels- und Währungskonflikten, ökologischen und Bevölkerungskrisen (Bevölkerungswachstum, Migration, Alterung in den Industrieländern) sowie einer Vielzahl von geoökonomischen Spannungen im Besonderen.

Der italienische Philosoph Fabio Vighi (2021), der an der britischen Cardiff University Kritische Theorie lehrt, warf unlängst die Frage nach den Gründen auf, warum die herrschenden Klassen sich darauf geeinigt haben, angesichts des Krankheitserregers Corona die globale Profitmaschine im Rahmen von einschränkenden Maßnahmen

anzuhalten. Niemand sollte sich der Illusion hingeben, das System habe sich aus Mitleid mit den vulnerablen Gruppen der Bevölkerung für den Stillstand entschieden. Denn: „In den Monaten vor Covid stand die Weltwirtschaft am Rande eines weiteren gigantischen Zusammenbruchs.“ (Vighi 2021)

Die Anfänge der ökonomischen Globalkrise reichen zurück zum Bankencrash von 2008, zur Eurokrise und zu den Migrationsbewegungen seit 2015 (vgl. Wahl 2021). In einer Art Chronik der jüngsten Entwicklung des Wirtschafts- und Finanzsystems verweist Vighi (2021) auf folgende ökonomische Sachverhalte: auf die im Juni 2019 im Jahreswirtschaftsbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ angemahnte „Überhitzung [...] auf dem Markt für fremdfinanzierte Kredite“; auf das am 9. August 2019 von der BIZ veröffentlichte Arbeitspapier, in welchem „unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen“ gefordert wurden, um „die Realwirtschaft vor einer weiteren Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen zu schützen“; auf die am 20. August 2019 erfolgte Veröffentlichung eines Weißbuchs des Investmentfonds BlackRock mit dem Titel „Dealing with the next downturn“ („Den nächsten Abschwung kontrollieren“); auf das Treffen der Zentralbanker der G7-Staaten vom 22. bis 24. August 2019, um das BlackRock-Papier zu diskutieren und zu fordern, dass die fehlende Liquidität bei kurzfristigen Krediten behoben wird; auf

das am 17. September 2019 begonnene geldpolitische Notprogramm des US- Zentralbank-Systems Federal Reserve (Fed), um wöchentlich Hunderte von Milliarden Dollar in die Wall Street zu pumpen; auf die am 19. September 2019 von Präsident Trump unterzeichnete Executive Order, mit der eine „National Influenza Vaccine Task Force“ eingerichtet wurde mit dem Ziel, einen nationalen Fünf-Jahres-Plan zur Förderung von Technologien zur Impfstoffherstellung zu entwickeln; und schließlich auf das „Event 201“, eine strategische Übung zur Simulation einer globalen Zoonose-Pandemie (vgl. Schreyer 2020, S. 93-101).

Am 23. Januar 2020 verhängte die Regierung der VR China unter Bezugnahme auf Corona eine Ausgangssperre über Wuhan und andere Städte in der Provinz Hubei. Zur gleichen Zeit fand vom 21. bis 24. Januar 2020 in Davos das jährliche Treffen des WEF statt. Dort wurde über die Wirtschaftslage und das Virus diskutiert. Beteiligt waren offiziell, also nicht einem verschwörungsnarrativen Raunen zufolge, „weltweit führende Persönlichkeiten aus Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie Stakeholder aus der ganzen Welt in einer einzigartigen Konfiguration“ (Monck 2021). Knapp zwei Monate später, am 11. März 2020, erklärte die WHO die Ausbreitung von Covid-19 zur Pandemie.

I.2 Krisen gesellschaftlicher Art

Die aktuellen Krisenzusammenhänge sind „mehr als die traditionellen Wirtschaftskrisen des Kapitalismus. Es handelt sich um einen mehrdimensionalen Prozess, dessen einzelne Momente zwar über eine Eigendynamik verfügen, die aber alle mit der kapitalistischen Produktionsweise verbunden sind und dialektisch miteinander wechselwirken.“ (Wahl 2021) In besonderer Weise trifft dies zu auf die fundamentalen, dem Klassencharakter der Gesellschaft geschuldeten Krisen: auf Arbeitslosigkeit, Armut und Anomie. Ihre Folgen sind unter anderem Hunger oder schlechte Ernährung, Gesundheitsschäden und Krankheiten, Obdachlosigkeit, Fluchtbewegungen und Migration, innergesellschaftliche Radikalisierungen ebenso wie Anzeichen sozialen Agonie.

Die sozialen Krisen lassen sich im Verhältnis zwischen den Generationen und in vielen Sektoren der Gesellschaft nachweisen: in den schulischen und höheren Bildungseinrichtungen; im Gesundheitswesen; bei der Mobilität und im Verkehrswesen; im Kulturbereich; kurz: in allen Zweigen der Freizeitgestaltung und Daseinsvorsorge. Verschärft wurden die Krisen innerhalb der Gesellschaft nicht zuletzt durch die Privatisierung vormals vom Staat öffentlich erbrachter Leistungen, nicht zuletzt der Einrichtungen zur Krankenversorgung, durch Öffentlich-private Partnerschaften und

generell durch die profitorientierte, flächendeckende „Ökonomisierung des Sozialen“ (vgl. Bröckling, Krasmann & Lemke 2000).

Ein wesentlicher Indikator der sozialen Krise ist das gesellschaftliche Auseinanderdriften der Bevölkerung in wenige Superreiche und eine wachsende Anzahl von Unterprivilegierten und Armen, dazwischen eine breite, von der Hoffnung auf sozialen Aufstieg getriebene, aber vom sozialen Abstieg bedrohte Mittelschicht (vgl. Huinink & Schröder 2019; Butterwegge 2020 und 2021). Der gesellschaftliche Zusammenhalt löst sich auf. Sichtbar zeigt dies sich in der räumlichen Segregation: am Beispiel der abgeschirmten Villenviertel der Reichen sowie der unsicheren, vernachlässigten, problem- und schadstoffbelasteten Quartiere der Armutsbevölkerung. Ebenfalls im Zusammenhang sozialer Desintegration auffallend sind antijüdische, antiislamische und generell fremdenfeindliche Vorurteile und Attacken (Oeser 2015). Sie offenbaren tiefe soziale Risse und Defizite bei der gesellschaftlichen Integration von Minderheiten sowie ein hohes Ausmaß an sozialer Aggression.

In besonderer Weise belastet sind Bevölkerungsgruppen ohne Vetomacht: Kinder, Alleinerziehende und alte, oft pflegebedürftige Menschen, Wohnungslose, Geringverdiener, Kurzarbeiter und Menschen ohne Schulabschluss sowie chronisch Kranke. Bei den

Kindern und Jugendlichen sind es diejenigen in Armut (in Deutschland rund 20 Prozent), die an den Schulen und in der Berufsausbildung zurückbleiben und im Laufe ihres späteren Lebens extrem unter den gesellschaftlichen Krisenbelastungen leiden.

Wo Berufstätige über geringe Einkommen verfügen, sehen sie sich als Rentner einer Zukunft ausgesetzt, in der sie verelenden. Oft münden die Mehrfachbelastungen, besonders bei Alleinerziehenden und Geringverdienern, im Anstieg von chronischen Krankheiten physischer und psychischer Art und im vorzeitigen Tod. Ihre Ernährung besteht aus Lebensmitteln, die vorwiegend toxisch (mit Unkrautvernichtungsgiften wie Glyphosat) und medikamentös (etwa mit Antibiotika) belastet sind. Krebs- sowie Herz- und Kreislauferkrankte sehen sich mit einem Medizinsystem konfrontiert, das Privatpatienten privilegiert.

Teils erschöpft aufgrund der körperlichen und psychischen Belastungen am Arbeitsplatz, teils infolge mangelnder Bildungsvoraussetzungen und fehlender Alternativen verbringt ein Großteil der Bevölkerung die Freizeit bei Sport- und anderen Event-Veranstaltung oder am Bildschirm, wo zum Feierabend tägliche Krimi-Sendungen, Thriller und diverse Serien die „Highlights“ geisttötender Massenunterhaltung sind. Die Fernseh-Programme und -Nachrichten schüren auf unterschwellige Weise Angst und

Besorgnis. Schlafschwierigkeiten, Depressionen, Panikattacken und Stress werden erzeugt. Vorsorgemaßnahmen der Mittelschichtangehörigen, um bei Krankheit und im Alter finanzielle Rücklagen zu haben, scheitern infolge von Aktienverlusten und Inflation. Es entsteht ein soziales Klima der Lähmung, der Ratlosigkeit und Zukunftsangst, der gesellschaftlichen Auflösung, des Misstrauens und der Verrohung (Bauer & Platta 2012).

Die krisenhaften Disparitäten innerhalb der Gesellschaften einzelner Länder wiederholen sich im globalen Maßstab (vgl. Hamm 2004 und 2006). Das Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern mit bislang noch relativ ausgewogener Sozialstruktur und denen der Peripherie ist dramatisch. Während die Menschen der armen Länder unter Kriegen, Zerstörungen und Naturkatastrophen leiden, bleiben die der privilegierten Länder davor unmittelbar zwar weitgehend verschont. Aber die Unterprivilegierten „retten“ sich unter anderem durch Verbrechen, Terror, Prostitution und Flucht. Die Migration aus den Ländern von Armut und Kriegen löst nicht die sozialen Probleme in den Herkunftsländern, schafft aber in den Zielländern zusätzliche soziale Konflikte und Krisen.

I.3 Politische Krisen

Neben den zentralen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen verschärfen sich die politischen. Sie betreffen das System der repräsentativen parlamentarischen Demokratie, die verschiedenen Bereiche der politischen Organisation sowie das Verhältnis zwischen diesen und der Bevölkerung. Als zentrale Herausforderung politischer Art gilt der Terrorismus. Der nach 9/11 erklärte weltweite „Krieg gegen den Terror“ bildet seitdem einen Vorwand für innenpolitisch-polizeiliche und außenpolitisch-militärische Maßnahmen, welche ihrerseits das demokratische System untergraben.

Die fundamentalen Globalkrisen werden politisch-ideologisch im Sinne des „Wertewestens“ unterfüttert oder unter Berufung auf Islam und Hinduismus, das Christentum oder Buddha entfacht. International werden gegenwärtig alte Feindbilder nach Art des Kalten Krieges wiederbelebt. Die Russische Föderation und die VR China werden als angebliche Gefahrenherde dämonisiert. Ebenso gelten einzelne Herkunftsländer von Flüchtlingen, etwa der Iran, der Irak, Afghanistan, Syrien oder Mali, als Bedrohung „unserer Lebensweise“.

Überregional ebenfalls von politischen Verwerfungen betroffen sind Bündnisse wie das der EU oder die Nato. In Deutschland zeigen sich

krishafte Erscheinungen bei den Vertretungskörperschaften: den Parlamenten. Zum einen sind Verwerfungen im Verhältnis der Bevölkerung zur politischen Klasse zu beobachten. Zum anderen wird unter Stichworten wie dem der Unregierbarkeit (vgl. Bossle 1984) auf Mängel im Verhältnis der Parlamente (und Regierungen) zur Bevölkerung hingewiesen.

In repräsentativer Hinsicht zeigen sich krisenhafte Entwicklungen beispielsweise in der Frage der Parteienbindung und beim Wahlverhalten. Weitere Anzeichen eines Vertrauensverlustes der Parlamente und der dort vertretenen Parteien sind Soziale und Graswurzelbewegungen oder internationale Bewegungen wie Occupy Wall Street (vgl. *Le Monde diplomatique* 2011; Graeber 2012). Landesweite Massenproteste und -kundgebungen wie die der Gelbwesten in Frankreich, in Griechenland während der Eurokrise sowie aktuell in Italien, Spanien, Portugal und Polen sowie außerhalb Europas sind Gradmesser politischer Verwerfungen (Marg & Walter 2013).

Die Krisen der repräsentativen parlamentarischen Demokratien sind ein zentrales Thema zahlreicher wissenschaftlicher Veröffentlichungen. Unter dem Titel „Postdemokratie“ untersuchte Colin Crouch (2004/2020) Erscheinungen wie Politikverdrossenheit, Sozialabbau und Privatisierung. Martin Sebaldt (2015) attestierte den

Gegenwartsdemokratien pathologische Züge. Claudia Ritzi (2014) beklagt die „Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit“.

Im Zeitalter der Globalisierung und wachsender Staatsmacht sei Demokratie, so Sheldon Wolin (2008), nur noch ein flüchtiges Gut („fugitive democracy“) und eine Art umgekehrter Totalitarismus („inverted totalitarianism“). Seine auf die USA bezogene These besagt, dass eine postdemokratische Regierungstechnik entstanden ist, die Elemente der liberalen Demokratie mit denen totalitärer politischer Systeme verbindet.

Die Kritik spricht ferner vom „Verlust politischer Gleichheit“ (Schäfer 2013), von „defekter Demokratie“ (Merkel 2004 und 2006) sowie von „Fassadendemokratie“ (Streeck 2013; Mies & Wernicke 2018). Danny Michelsen und Franz Walter (2013) kritisierten die "unpolitische" und Ingolfur Blühdorn (2013) die "simulative" Demokratie. Festzustellen sei ein schleichender Formwandel des Politischen. In dessen Verlauf würden demokratische Werte und Verfahrensweisen ebenso wie die Idee des demokratischen Souveräns einerseits in ihrer Substanz ausgehöhlt, andererseits aber dem äußeren Anschein nach weiterhin vorgetäuscht, simuliert.

Am Erfolg der Simulation haben nicht zuletzt die Print- und elektronischen Medien einen entscheidenden Anteil (vgl. Krüger 2013), ferner die finanzierungsabhängigen Sozialwissenschaften,

politische Stiftungen und Think Tanks sowie das gesamte Bildungssystem (vgl. Hamm & Smandych 2011). Dabei spielt es eine nicht unwesentliche Rolle, dass die „simulativen“ Demokratien ihre ‚Echtheit‘ dergestalt vortäuschen, dass sie unter Verweis auf herrschende Autokratien einen "democratic rollback" beklagen (vgl. Diamond 2008, 2016). So lenken sie die Öffentlichkeit ab von democratieschädlichen Entwicklungen und undemokratischen Entscheidungen bei sich selbst.

Ins Visier politischer Dämonisierung geraten auf diese Weise – nicht immer zu Unrecht – Länder, rechte Parteien, rassistische Vorfälle sowie Persönlichkeiten, die gemeinhin als „populistisch“ oder „autokratisch“ gelten. Der Verweis auf rechtspopulistische und retrofaschistische Entwicklungen dient der Ablenkung von den politischen Krisen der Demokratie und begünstigt das „White washing“ der eigenen Politik. Der Fingerzeig auf die Regierung anderer Länder lässt die eigene Politik weitgehend frei von Tadel erscheinen. Wo sich Fehler als unbestreitbar erweisen, gilt dies als Zeichen wacher Medien in einer „wehrhaften“ Demokratie.

Auf europäischer und internationaler Ebene sind wirtschaftliche Sanktionen, bewaffnete Konflikte und kriegerische Militäreinsätze die Anzeichen für das Versagen der politischen Diplomatie und für die Weigerung der Regierenden, friedliche Formen des geopolitischen

Interessenausgleichs zu etablieren (vgl. Liste der andauernden Kriege und bewaffneten Konflikte 2021). Angesichts der krisenbedingten „Weltunordnung“ (vgl. Roithner 2006) spricht Robert Kurz (2003) von der Bedrohung durch einen „Weltordnungskrieg“.

II. Auf welche Weise Krisenbewältigung erfolgt

Wir befinden uns gegenwärtig in einer Periode der Zuspitzung aller Krisen und des beginnenden Umbruchs hin zu grundlegenden Umwälzungen und Veränderungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Art. Die fundamentalen Zentralkrisen in Politik, Gesellschaft und Ökonomie haben stets auch eine ökologische Dimension. Diese zeigt sich im Bereich der Wirtschaft beispielsweise infolge der rücksichtslosen Ausbeutung der Rohstoffe sowie des Ausstoßes von Schadstoffen bei der Energiegewinnung und industriellen Produktion.

Die Krisen erfordern tiefgreifende Änderungen und fundamentale Umbrüche. Diese sind auf eine prinzipiell kapitalismuskonforme Weise vorgezeichnet in dem von Klaus Schwab & Thierry Malleret (2020) beim WEF verkündeten und im Corona-Jahr 2020 diskutierten „Reset“-Programm. Vorausgegangen waren bereits andere Studien, etwa das im Auftrag der deutschen Bundesregierung erstellte Programmpapier für ein „inklusives Wachstumsmodell“ (Bertelsmann Stiftung 2014-2018 und 2018). Die „Reset“-Propaganda spricht von der „Vierten Industriellen Revolution“ (Schwab 2016), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013) von der „Industrie 4.0“.

Im Folgenden wird skizziert, welche Wendepunkte gegenwärtig erkennbar sind und wie – unter den herrschenden Prämissen von Kapitalismus und Imperialismus – auf die vorhandenen Krisen reagiert wird: politisch im Stil einer smarten Diktatur (Welzer 2017) bzw. eines weichen, soften oder „sanften Totalitarismus“ (Hirsch 2013); gesellschaftlich durch ein Regime biofaschistischer Hygienegemeinschaft; ökonomisch mittels digital gesteuerter und biopolitisch-pharmakologischer Governance (Lange & Schimank 2004) im Überwachungskapitalismus.

II.1 Unterwegs zur softtotalitären Herrschaft

Die politischen Krisen des 21. Jahrhunderts haben ein globales Ausmaß und eine systemsprengende Intensität erreicht. Da jedes politische System über das Gewaltmonopol verfügt, bedrohen Krisen vor allem das damit verbundene Machtpotenzial von Regierungen, Bürokratien und Parteien.

Mit den Worten von Sheldon Wolin (2008) hat die NS-Diktatur die politischen Krisen der Weimarer Demokratie durch ein totalitäres „Mobilisierungsregime“ überwunden. Dieses fußte auf der Basis von Befehl und Gehorsam. Anders verhalte es sich angesichts der aktuellen Krise des Politischen und der Demokratie. Die postmoderne Form des „invertierten Totalitarismus“ (Wolin) setze

auf eine weitreichende Entpolitisierung der Bevölkerung und auf eher weiche, kaum als solche wahrnehmbare Unterdrückungsmechanismen. Auf eine einzelne zentrale Führerfigur könne verzichtet werden.

In diesem Sinne wird auch aus den Dokumenten des WEF zitiert „Ein ‚Great Reset‘ ist notwendig, um einen neuen Gesellschaftsvertrag aufzubauen, der die Würde jedes Menschen ehrt.“ (Monck 2021) Der „Große Neustart“ erfordere angesichts der politischen Krise „einen neuen Gesellschaftsvertrag, in dessen Mittelpunkt Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit stehen“ (a. a. O.).

Dass solche soften Worte dazu dienen sollen, die Bevölkerung politisch einzuschläfern und vollends zu entmündigen, vermag zu erkennen, wer sich vergegenwärtigt, dass die Mitglieder des Weltwirtschaftsforums primär daran interessiert sind, die herrschenden kapitalistischen und imperialistischen Strukturen zu erhalten und „nachhaltig“ zu festigen – jene Strukturen, die zu den diversen Krisen der Gegenwart geführt haben. Im Stil der „Reset“-Lyrik (ver-)kleidet Herrschaft sich softtotalitär als paternalistischer Schutz; die Corona-Maßnahmen werden begründet als notwendige Schritte zum Schutz von vulnerablen Gruppen, Alten und Pflegebedürftigen.

Der „invertierte Totalitarismus“ nutzt – oberflächlich betrachtet und zunächst – nicht dieselben brutalen Methoden, eine vergleichbare rassistische Ideologie und eine diktatorische Führerfigur, wie sie aus der NS-Zeit überliefert sind. Er verbreitet vielmehr das Narrativ der fürsorglichen Regierung im demokratischen Scheingewand. Höchste Priorität genieße die Gesundheit aller Bürger/innen, die Nichtüberlastung der Krankenhäuser, die Vermeidung von Triage-Entscheidungen, das Absenken der Inzidenzzahlen, die strikte Einhaltung der AHA- bzw. AHA+L-Regeln, das Testen, die rasche Entwicklung und flächendeckende Anwendung von „Impf“-Stoffen (bei denen es sich um gentechnisch hergestellte Substanzen handelt) sowie die Durchsetzung von „schützenden“ 3G(Getestet-Geimpft-Genesen)- bzw. 2G(Geimpft-Genesen)-Anordnungen (vgl. Bandelt 2021).

Im Gegensatz zum xenophoben „Untermenschen“-Hass bei den Nazis werden heute fremdenfreundliche Parolen wie „Welcome refugees“, „Schafft sichere Häfen“ oder „Luftbrücke jetzt“ in die Fenster gehängt. Das herrschende Schutz- und Hilfe-Narrativ wird vom Großteil aller Medien unkritisch und unwidersprochen akzeptiert, ja begrüßt, verbreitet und auf bunte Weise ausgeschmückt. Wo ihm – meist aus guten Gründen – widersprochen wird, da allerdings greifen Ordnungskräfte und die Polizei ein, werden

Demonstranten schikaniert, Kundgebungen verboten, Hausdurchsuchungen durchgeführt, wird – nicht zuletzt unter dem Deckmantel eines geschichtsvergessen „hilflosen Antifaschismus“ (Haug 1967) – öffentliche Hetze entfacht, werden Bußgelder verhängt. Wissenschaftlich begründete Einwände werden nicht geduldet, sondern als „unseriös“ abgestempelt, als „covidiotisch“ pathologisiert, als „verschwörungstheoretisch“ lächerlich gemacht. Skeptiker und Kritiker werden pauschal als „Reichsbürger“ und „rechter Mob“ ausgegrenzt, als „Nazis“ und „Antisemiten“ gebrandmarkt.

Die gegenwärtigen politischen Herrschaftsmethoden sind – verglichen mit dem NS-Regime – zwar weichgespült und softtotalitär abgeschwächt. Deshalb sind sie sich einer ebenso breiten wie blinden und willigen Zustimmung sicher. Der Regierung gelingt es, Zweifler als „egoistisch“ abzustempeln. Unter Zugriff auf eine vormals politische Kampfparole der Arbeiterbewegung, welche sich der (Klassen-)Solidarität verschrieben hatte, werden Forderungen nach Freiheit und dem Recht auf Selbstbestimmung als „unsolidarisch“ abgewiesen.

Trotz der undemokratischen Maßnahmen und freiheitsbeschränkenden Eingriffe bleiben sowohl die Gewerkschaften und Kirchen als auch die Bevölkerung insgesamt

ruhiggestellt. Die Einschränkungen infolge der staatlichen Notstands- und Ermächtigungspolitik werden geschickt kompensiert durch Kurzarbeitergeld, Lohnausfallzahlungen, die Ermöglichung von Home Office, die Einrichtung von „Impf“- und Testzentren, das Bereitstellen von „Impf“-bussen, die Einbeziehung der Haus- und Betriebsärzte, kostenlose Tests und Mehrfach-„Impfungen“, durch Notdienste in den Kitas, die Verteilung von Laptops an die Schüler, Home Learning, undsoweiter.

Dass die softtotalitäre Herrschaft auf Dauer gestellt wird, muss nach mehr als anderthalb Jahren der „Pandemie von nationalem Ausmaß“ befürchtet werden – nicht zuletzt deshalb, weil die gesellschaftlichen Widersprüche sowie die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise bis auf weiteres jene Entwicklungen begünstigen, die sich an überwunden geglaubten historischen Vorbildern orientieren und diese modifizieren.

II.2 Tendenz biofaschistischer Vergemeinschaftung

Das NS-Regime begegnete den gesellschaftlichen Verwerfungen der vorausgegangenen Weimarer Republik mit der Ideologie der klassenlosen Volksgemeinschaft. Die völkische Massenbasis stützte sich auf den Mythos der arischen Rasse. Deren „biologisches“ Profil wurde geschärft, indem sich die „reinrassige“ Mehrheit von sozialen

Minderheiten abgrenzte. Diese galten nach faschistischer Lesart als „lebensunwerte“, „minderwertige“, „gemeinschaftsschädliche“ oder „kriminelle“, „Volksschädlinge“ und „Rassenschänder“.

Angesichts der aktuellen Herausforderung, den gesellschaftlichen Krisen des 21. Jahrhunderts zu begegnen, stellt sich gegenwärtig ebenfalls das Problem der fehlenden Gemeinschaftsbildung und -bindung. Auch das WEF beklagt dies, ohne freilich die Ursachen der gesellschaftlichen Spaltung auch nur anzudeuten. Es formuliert beifallsheischend, aber bar jeder Analyse: „Die globale Gesundheitskrise hat die fehlende Nachhaltigkeit unseres alten Systems in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt, den Mangel an Chancengleichheit und Inklusivität offenlegen. Auch können wir den Missständen von Rassismus und Diskriminierung nicht den Rücken kehren. Wir müssen in diesen neuen Gesellschaftsvertrag unsere generationenübergreifende Verantwortung einbauen.“ (Monck 2021)

Angesichts der „Gesundheitskrise“, auf die Klaus Schwab und das WEF sich beziehen, beantwortet die Politik die Krise der Gesellschaft auf eine Art und Weise, die der faschistischen Methode zur Herstellung einer Massenbasis gleicht. Wie im NS-Faschismus wird von der Vorstellung eines „Volkskörpers“ ausgegangen, der im vorliegenden Fall nicht von „Rassefremden“, sondern von einem ansteckenden Virus bedroht sei. Er konstituiert sich – in Abwandlung

des Rassenwahns – als ein durch Covid-19 bedrohtes organisches Kollektiv im Hygienewahn (vgl. Bandelt 2021).

Aber nicht wie damals im Faschismus gelten soziale Minderheiten – Juden, Sinti und Roma oder Homosexuelle – als Bedrohung für das „Volksganze“. Sondern es ergibt sich eine neue gesellschaftliche Minorität. Sie besteht aus jenen Menschen, die den „Impf“-Eingriff ablehnen und sich der Spritzengabe verweigern. Sie werden von den Medien, die sich als Sprachrohr der Regierung verstehen, sowie auf Geheiß von „Experten“ und Politikdarstellern als „Schwurbler“, „Corona-Leugner“ und „Impfgegner“, als „egoistisch“, „unsolidarisch“ und „Ansteckungsgefahr“ ausgegrenzt. Sie werden als eine neue Art von „Volksschädlingen“ angeprangert.

Unter der Hand entwickelt sich ein Eugenik-Programm, das die „Volkskörper“-Mehrheit der „geimpften“ Hygienegemeinschaft privilegiert und der Minderheit die demokratischen Menschen- und Freiheitsrechte verweigert. Unter „transhumanistischen“ Vorzeichen (vgl. Loh 2018) entsteht eine post-faschistische Variante der Bio- und Bevölkerungspolitik (vgl. Folkers & Lemke 2014; Stingelin 2003).

Sie ist in der Lage, ihren NS-Ursprung (vgl. Lifton 1988). zu verleugnen, weil große Teile der Bevölkerung im Sinne kognitiver Dissonanz und gutgläubig nach wie vor von zwei Grundüberzeugungen ausgehen: „Das würden uns doch all die

Regierungen nicht antun.‘ ,Wenn doch, würde die Presse es aufdecken.“ (Lehnhoff 2021, S. 15)

Statt der aus heutiger Sicht obsoleten Rassenlehre der NS-Zeit geben gegenwärtig die konformen Vertreter der Virologie und Epidemiologie die Kriterien dafür vor, was der Gemeinschaft schadet und was nicht. Wie damals, aber abgewandelt, wiederholt sich ein „Medizin-Fundamentalismus“ (Bauer 2021, S. 23 ff.). Wie seinerzeit verbindet dieser sich mit den (Profit-)Interessen von Big Pharma (vgl. Gotzsche 2021). Wie zur Zeit der IG Farben (vgl. Borkin 1979) ergeben sich aus der Verbindung von staatlicher Politik und wirtschaftlichen Interessen neue, sprich gouvernemental abgewandelte Korporatismus-Strukturen im „Griff nach der Bevölkerung“ (vgl. Kaupen-Haas 1986).

Die gesellschaftlichen Widersprüche werden heute nicht durch das faschistische Ideologem einer klassenlosen Rassen- und Volksgemeinschaft übertüncht. Mit Hilfe von Parolen wie „Wir. Du. Alle. – Gemeinsam gegen Corona“ werden die sozialen Verwerfungen in Anzeigen und auf Plakaten schöngeredet. Als „Untermenschen“ sozial ausgegrenzt werden Kritiker und Skeptiker. Indem die Propaganda sie pauschal „im rechten Milieu“ verortet, bleibt die Einsicht auf der Strecke, dass die gegen Covid-19 „kämpfende“ Hygienegemeinschaft selbst die Massenbasis einer

biofaschistischen Vergesellschaftung darstellt. Wer andere an den rechten Schandpfahl bindet, entkräftet damit den Verdacht, selbst an einer modifizierten Variante des Faschismus nicht nur interessiert zu sein, sondern sie ins Werk zu setzen.

II.3 Pharma- und Überwachungskapitalismus

Wie Ernst Fraenkel (1974, S. 204) bezüglich der Weimarer Zeit ausführte, hatten bereits „während der Weltwirtschaftskrise ... die staatlichen Machtbefugnisse im Bereich der Wirtschaft erheblich zugenommen. Nur dank staatlicher Interventionen konnten im Bereich der Banken und der Montanindustrie Konkurse vermieden werden. Das Reich dehnte seine Machtbefugnisse, regulierend einzugreifen, auf fast alle Bereiche wirtschaftlicher Betätigung aus.“ Die NS-Wirtschaftspolitik konnte darauf aufbauen und diese Form des Kapitalismus in der Zeit nach 1933 fortsetzen.

Vor und nach 1933 war die unter dem Begriff Korporatismus bekannte Verflechtung von Staat und Unternehmen in wirtschaftspolitischer Hinsicht bestimmend. An die damalige Form des staatlich gestützten und korporatistisch überformten „organisierten Kapitalismus“ (Rudolf Hilferding) erinnert auch die gegenwärtige Situation.

Fabio Vighi (2021) hat die jüngste Politik zusammenfassend wie folgt charakterisiert: „Die Lockdowns und die weltweite Aussetzung wirtschaftlicher Transaktionen sollten erstens es der Fed ermöglichen, die maroden Finanzmärkte mit frisch gedrucktem Geld zu fluten und gleichzeitig die Hyperinflation hinauszuzögern; und zweitens Massenimpfprogramme und Gesundheitspässe als Pfeiler eines neofeudalen Regimes der kapitalistischen Akkumulation einzuführen.“

Die bundesdeutsche Politik subventioniert die Pharmaindustrie und die digitalen Kommerz- und Überwachungsstrukturen mit Milliardenbeträgen – ganz im Sinne der kapitalistischen „Reset“-Vision von Klaus Schwab und des WEF.

Unerwähnt bleibt seitens der „Reset“-Befürworter, dass die Lockdowns und sonstigen Einschränkungen der Corona-Politik viele Betriebe der mittelständischen Gewerbetreibenden an den Rand des Ruins gebracht haben. Kleine Läden und Geschäfte mussten geschlossen bleiben. Freizeit- und Sportvereine haben Mitglieder verloren. In Gaststätten und Hotels blieben die Gäste aus. Kulturschaffende der Literatur, der Musik und der Bildenden Kunst mussten auf Einnahmen aus Lesungen, Konzerten und Ausstellungen verzichten. Niemand weiß, ob und wie viele kleine Lokale, Theater,

Kinos, Taxiunternehmen, Kioske, Fitnessstudios und Freizeiteinrichtungen am Ende überleben werden.

Hingegen hat das „Konjunktur- und Zukunftspaket“ der Bundesregierung im Jahr 2020 per Beschluss mehr als 40 Milliarden Euro für Maßnahmen zur Digitalisierung bereitgestellt (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020; Bauer 2020). Die während der Lockdowns florierenden Unternehmen von Hightech, Big Data und Big Pharma wurden zusätzlich gefördert.

Unter anderem sind Investitionen von 25,8 Milliarden Euro für die Digitalisierung im Bereich von Wirtschaft, Kultur, Verwaltung, Schul- und Gesundheitswesen sowie Militär vorgesehen. Davon waren allein für militärische Zwecke 10,5 Milliarden eingeplant, acht Milliarden für das Gesundheitswesen, vier Milliarden für einzelne Wirtschaftszweige und eine Milliarde „für Kultur“, sprich: zur Förderung digitaler Angebote.

Mit weiteren 11 Milliarden Euro war die Förderung der 5G- und 6G-Technologie, der Quantentechnologie sowie der Künstliche Intelligenz veranschlagt. 3,65 Milliarden Euro dienen dem Glasfaser-Breitbandausbau, der Schaffung des flächendeckenden Online-Zugangs, der Mobilfunkversorgung auf den Schienenwegen sowie dem „Smart City“-Programm.

Der ökonomischen Fundamentalkrise wurde und wird mit Milliardenbeträgen aus Steuermitteln begegnet. Die Pharmaindustrie ist Nutznießer sowohl der staatlichen Förderung zur Entwicklung von „Impf“-Stoffen als auch der garantierten Abnahme derselben. Fragen der gesundheitlichen Haftung der Pharma-Unternehmen oder der mit der Digitalisierung verbundenen Technik- bzw. Technologiefolgenabschätzung – z.B. Strahlungs-, Überwachungs- und Spionagerisiken (vgl. Bruder, Bialluch, Zimmering, Nielsen & Günther 2020) – werden völlig ausklammert.

Die Investitionen in Projekte der Digitalisierung und zur Förderung von Big Pharma und Life Sciences werden wie selbstverständlich als eine steuerfinanzierte staatliche Aufgabe angesehen. Profiteure der Subventionen sind die mächtigen, schon heute unkontrollierbaren Superunternehmen der Pharma- und der Digitalbranche.

Letztere weiß sich selbst weitgehend der Zahlung von Steuern zu entziehen. Als eine Art Gegenleistung erledigen die Digitalkonzerne im Interesse der Regierungen die Zensur und Entfernung regierungskritischer Netz-Eintragungen (am 16. September 2021 wurden ca. 150 Facebook-Kanäle gelöscht) und von Plattformen auf Youtube. Ferner lassen sie den Staat partizipieren an ihrem Geschäftsmodell der Datenspionage und Nutzer-Ausforschung (vgl. Sturm 2021). Auf diese Weise, gewissermaßen im wechselseitigen

Interesse, funktioniert der digitale Überwachungskapitalismus: Staat und Wirtschaft teilen sich die Aufgabe und unterstützen sich gegenseitig bei der Steuerung des Verhaltens von Individuen und Kollektiven im Sinne von Governance, jener zeitgemäßen Form des klassischen Korporatismus.

III. Postskriptum

Mein Beitrag benennt Wendepunkte, die – unter den Prämissen von Kapitalismus und Imperialismus – auf die vorhandenen Krisen von Politik, Gesellschaft und Ökonomie so reagieren, dass ein weicher Totalitarismus auf der Massenbasis des Hygienefaschismus in Richtung eines Wirtschaftssystems steuert, welches unter staatlicher Duldung ökonomisch beherrscht wird von Big Pharma, Big Data und Big Money.

Für diejenigen, die meiner Argumentation folgen, mag die beschriebene Entwicklung den Eindruck erwecken, unumkehrbar zu sein. Dem will ich widersprechen und auf einen anderen Entwicklungspfad hinweisen, der aus den Krisen herausführt: Denn politisch sind auch basis- und rätendemokratische Strukturen denkbar, weltweit, in Selbstverwaltung, ohne bürokratische Herrschaftsstrukturen, ohne die Unterdrückung von Andersdenkenden, ohne Militär, Gewalt und imperialistische Kriege. Kooperative Gesellschaften in Freiheit und humanistischer Verbundenheit auf der Grundlage von Völkerfreundschaft und kultureller Gegenseitigkeit sind nicht nur vorstellbar, sondern Wunsch und Bedürfnis vieler Menschen auf dem Planeten. Die Schaffung einer nicht-kapitalistischen Wirtschaft zum Wohle der menschlichen Gattung, ohne menschen- und naturverachtende

Ausbeutung durch Profitgier ist – auch aus ökologischen Gründen – an der Tagesordnung.

Die Utopie wird freilich nicht ohne Widersprüche Wirklichkeit, und auch nur wenn sie gewollt ist. Ohne ein schmerzhaftes Bewusstwerden und Erwachen befreien die Angehörigen der menschlichen Gattung sich nicht aus erzwungener Unmündigkeit, neokolonialer Zweitrangigkeit und konsumversüßter Sklaverei.

Literaturverzeichnis

Armingeon, Klaus (Hrsg.) (2013): *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS

Bandelt, Hans-Jürgen (2021): Klarheit über die Rote Linie. *ftp* vom 16.09.2021. <https://tkp.at/2021/09/16/klarheit-ueber-die-rote-linie/> (29.09.2021)

Bauer, Rudolph (2021): *Vernunft in Quarantäne*. Bergkamen: pad

Ders. (2020): Digitalisierung im Konjunkturpaket. *NachDenkSeiten*, 15. Juni 2020. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=62018> (29.09.2021)

Bauer, Rudolph & Platta Holdger (Hrsg.) (2012): *Kaltes Land*. Hamburg: Laika

Becker, Rolf (2009): Faschismus – ein Weg aus der Krise. *Ossietzky*, 13.02.2009. <https://www.linksnet.de/artikel/24151> (24.09.2021)

Bertelsmann Stiftung (2014-2018): *Inklusives Wachstum für Deutschland*. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/abgeschlossene-projekte/inclusive-growth/projektbeschreibung> (26.09.2021)

Bertelsmann Stiftung (2018): *Wohlstand für alle?* <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle->

meldungen/2018/januar/wohlstand-fuer-alle-deutschland-braucht-eine-neue-wirtschaftspolitik (26.09.2021)

Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie*. Berlin: Suhrkamp

Borkin, Joseph (1979): *Die unheilige Allianz der IG Farben*. Frankfurt/M., New York: Campus

Bossle, Lothar u. a. (1984): *Die Unregierbarkeit als Gefährdung der Demokratie*. München: Nymphenburger

Bracher, Karl Dietrich (1969): *Die deutsche Diktatur*. Köln, Berlin: Kiepenheuer & Witsch

Bröckling, Ulrich, Krasmann, Susanne & Lemke, Thomas (2000) (Hrsg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Bruder, Klaus-Jürgen, Bialluch, Christoph, Zimmering, Raina, Nielsen, Bernd & Günther, Jürgen (Hrsg.) (2020): „*Digitalisierung*“. Frankfurt/M.: Westend

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): *Konjunkturpaket: Bundesregierung investiert in digitale Zukunft*. <https://www.onlinezugangsgesetz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/OZG/DE/2020/konjunkturpaket.html> (29.09.2021)

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013): *Zukunftsbild „Industrie 4.0“: Hightech-Strategie*. Bonn: BMBF.
https://www.plattform-i40.de/IP/Redaktion/DE/Downloads/Publikation/zukunftsbild-industrie-4-0.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (29.09.2021)

Butterwegge, Christoph (2021): *Armut*. Köln: PapyRossa

Ders. (2020): *Ungleichheit in der Klassengesellschaft*. Köln: PapyRossa

Corporate Europe Observatory & LobbyControl (Hrsg.) (2021): *Die Lobbymacht von Big Tech*. Brüssel und Köln

Crouch, Colin (2008/2020): *Postdemokratie*. Frankfurt/Main, Berlin: Suhrkamp

Diamond, Larry (2008): The Democratic Rollback. *Foreign Affairs* 2, p. 36–48

Diamond, Larry, Plattner, Marc. F. & Walker, Christopher (eds.) (2016) *Authoritarianism Goes Global*. Baltimore

Eyßell, Tim (2015): *Die korporatistische Governance sozialer Dienste*. Wiesbaden: Springer VS

Folkers, Andreas & Lemke, Thomas (Hrsg.) (2014): *Biopolitik. Ein Reader*. Berlin: Suhrkamp

Fraenkel, Ernst (1974): *Der Doppelstaat*. Frankfurt/M., Köln: Europäische Verlagsanstalt

Gotzsche, Peter C.: *Tödliche Medizin und organisierte Kriminalität*. München: riva

Graeber, David (2012): *Inside Occupy*. Frankfurt/M., New York: Campus

Hamm, Bernd & Smandych, Russell (Hrsg.) (2011): *Kulturimperialismus*. Berlin: Kai Homilius

Hamm, Bernd (2006): *Die soziale Struktur der Globalisierung*. Berlin: Kai Homilius

Ders. (Hrsg.) (2004): *Gesellschaft zerstören*. Berlin: Kai Homilius

Haug, Wolfgang Fritz (1967): *Der hilflose Antifaschismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Hirsch, Joachim (2013): Sanfter Totalitarismus. *links-netz*, August 2013. http://old.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_sanft.html (29.09.2021)

Huinink, Johannes & Schröder, Torsten (Hrsg.) (2019): *Sozialstruktur Deutschlands*. 3. Aufl. Stuttgart: utb

Kaupen-Haas, Heidrun (Hrsg.) (1986): *Der Griff nach der Bevölkerung*. Nördlingen: Franz Greno

Krüger, Uwe (2013): *Meinungsmacht*. Köln: Herbert von Halem

Kurz, Robert (2003): *Weltordnungskrieg*. Bad Honnef: Horlemann

Lange, Stefan & Schimank, Uwe (Hrsg.) (2004): *Governance und gesellschaftliche Integration*. Wiesbaden: Springer VS

Le Monde diplomatique (Hrsg.) (2011): *Atlas der Globalisierung* spezial. 2. Auflage. Berlin: taz

Lehnhoff, Stefan (2021): *Der große CORONA-Betrug*. Bergkamen: pad

Lewis, Sinclair (1935 / 1984): *It can't Happen Here / Das ist bei uns nicht möglich*. Leipzig und Weimar: Gustav Kiepenheuer

Lifton, Robert Jay (1988): *Ärzte im Dritten Reich*. Stuttgart: Klett-Cotta

Loh, Janina (2018): *Trans- und Posthumanismus zur Einführung*. Hamburg: Junius

Marg, Stine & Walter, Franz (Hrsg.) (2013): *Die neue Macht der Bürger*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

Merkel, Wolfgang (2013). Die Krise der Demokratie als Forschungsprogramm. *Armingeon* (2013) (S. 473-497)

Ders. (2004): Embedded and Defective Democracy. *Democratization* 5, 33–58

Ders. & Puhle, Hans-Jürgen u. a. (2003): *Defekte Demokratie*, Bd. 1: *Theorie*. Wiesbaden: Springer VS

Ders. & Puhle, Hans-Jürgen et al. (2006): *Defekte Demokratie*, Bd. 2. Wiesbaden: Springer VS

Michelsen, Danny & Walter, Franz (2013): *Unpolitische Demokratie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Mies, Ulrich & Wernicke, Jens (Hrsg.) (2018): *Fassadendemokratie und tiefer Staat*. Wien: Promedia

Monck, Adrian: The Great Reset:
http://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Great_Reset_AM21_German.pdf (29.09.2021)

Oeser, Erhard (2015): *Die Angst vor dem Fremden*. Darmstadt: Theiss / Wissenschaftliche Buchgemeinschaft

Ritzi, Claudia (2014): *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit*. Wiesbaden: Springer VS

Roithner, Thomas (Projektleitung) (2006): *Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg*. Berlin und Wien: Lit

Schäfer, Armin (2013): Der Verlust politischer Gleichheit. *Armingeon* (2013) (S. 547-566)

Schreyer, Paul (2020): *Chronik einer angekündigten Krise*. Frankfurt/M.: Westend

Schwab, Klaus (2016): *Die Vierte Industrielle Revolution*. München: Pantheon

Ders. & Malleret, Thierry (2020): *COVID-19: Der große Umbruch*. Cologne: Forum

Sebaldt, Martin (2015): *Pathologie der Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS

Stingelin, Martin (Hrsg.) (2003): *Biopolitik und Rassismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp

Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit*. Berlin: Suhrkamp

Sturm, Erich (2021): Julian Assange: dem kommenden Überwachungsregime trotzen. *Neue Rheinische Zeitung* vom 29. 09. 2021. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=27648&css=print> (29.09.2021)

Vighi, Fabio (2021): A Self-Fulfilling Prophecy (deutsche Übersetzung von Uwe Alschner). <https://thephilosophicalsalon.com/a-self-fulfilling-prophecy-systematic-collaps-and-pandemic-simulation/> (18.09.21)

Wahl, Peter (2021): Vor turbulenten Zeiten. *Unsere Zeit* vom 15. September 2021. <https://www.unsere-zeit.de/vor-turbulenten-zeiten-2-160424/> (20.09.21)

Wikipedia (2021): Liste der andauernden Kriege und bewaffneten Konflikte.
https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_andauernden_Kriege_und_bewaffneten_Konflikte (23.09.21)

Wolin, Sheldon (2008): *Democracy Incorporated*. Princeton: University Press

Zuboff, Shoshana (2018): *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt/M., New York: Campus

Il totalitarismo mascherato Biopolitica, Big Pharma, High Tech e Big Money

Il fuoco sulla “crisi del coronavirus” non fa che distrarre dalle crisi centrali del 21° secolo. I massicci sconvolgimenti nei settori economico, politico e sociale hanno raggiunto delle proporzioni globali. Dopo che l'Organizzazione mondiale della sanità (OMS) ha proclamato la pandemia del Covid-19, la maggior parte dei governi ha preso una serie di misure obbligatorie di emergenza che limitano le libertà dei cittadini.

Se si crede a chi ha deciso di questi pieni poteri antidemocratici, essi svolgono la funzione di tutelare la salute della popolazione. In verità, si tratta di pietre miliari volte ad un morbido rovesciamento in senso totalitario sulla base di una comunità igienica biofascista. Lo scopo della politica dello stato d'emergenza è la presa del potere da parte del capitalismo di sorveglianza digitale e biopolitico (cfr. Zuboff 2018). Esso costituisce una risposta di chi ci governa alle crisi fondamentali della nostra epoca nei settori economico, sociale e politico.

Un paragone con gli sviluppi avutisi negli anni '20 e '30 è più che ovvio. Per la maggior parte della popolazione, poco interessata alla politica, e informata in modo unilaterale, i paralleli storici innescano un atteggiamento cognitivo ed emotivo che ci fa ricordare il romanzo

di Sinclair Lewis (1935/1984) intitolato “It Can't Happen Here” (“Qui non è possibile”).

Anche la parola d'ordine propagandistica coniata per far riferimento al processo di gestione delle crisi nell'interesse del capitale e dell'imperialismo propagata dal World Economic Forum WEF e dal suo presidente Klaus Schwab non riconosce apertamente l'obiettivo nascosto che consiste nell'abolizione delle strutture democratiche in una società cooperativa priva di sorveglianza e medicalizzazione forzata. Lo slogan dall'effetto pubblicitario alquanto ambiguo recita “Great Reset” (Schwab & Malleret 2020), reso in italiano come “grande reset” e in tedesco come “Der große Neustart” (Monck 2021) o come "sconvolgimento radicale".

Il seguente articolo è incentrato innanzitutto sulle crisi centrali della nostra epoca attuale per poi passare alla presentazione delle misure prese per la gestione della crisi. Si mettono in rilievo i pericoli particolari che stanno già emergendo per la specie umana che poi rimarrà legata ad essi in futuro.

I. Di che crisi si tratta?

La crisi è “un sintomo di un cambiamento sociale e fa riferimento ad un cambiamento qualitativo” (Hamm 2006, p. 53). Le tipiche crisi sono quelle che producono uno sviluppo politico, economico e “sociale nel contesto delle quali alcune variabili assumono valori che normalmente e, in base all'esperienza precedente, non si ritengono tollerabili (...) e ove la capacità di regolazione delle istituzioni esistenti supera i propri limiti” (ibid.).

I.1 Crisi del settore economico e finanziario

Nel campo dell'economia, lo scenario globale delle crisi attuali si presenta in vari modi, anche sotto forma di crisi economiche in generale e nel contesto di crisi del debito, crisi finanziarie e bancarie, conflitti commerciali e valutari, crisi ecologiche e demografiche (crescita demografica, migrazione, invecchiamento della popolazione nei paesi industrializzati) nonché sotto forma di una serie di tensioni geoeconomiche in particolare.

Il filosofo italiano Fabio Vighi (2021), docente di teoria critica presso l'Università di Cardiff, nel Regno Unito, di recente ha sollevato la questione delle ragioni per cui le classi dirigenti hanno accettato di arrestare la macchina del profitto globale nel contesto delle misure restrittive per affrontare l'agente patogeno del coronavirus. Basta che

però nessun si illuda che il sistema abbia deciso di fermarsi per compassione nei confronti dei gruppi vulnerabili della popolazione. Infatti, “nei mesi prima del Covid, l'economia mondiale era sull'orlo di un ulteriore collasso dalle dimensioni gigantesche”. (Vighi 2021)

Gli inizi della crisi economica mondiale risalgono al crollo bancario del 2008, alla crisi dell'euro e ai movimenti migratori a partire dal 2015 (cfr. Wahl 2021). In una sorta di cronaca sugli sviluppi più recenti del sistema economico e finanziario, Vighi (2021) fa riferimento ai seguenti temi economici: al “surriscaldamento [...] del mercato dei prestiti finanziati dal debito”, avvertito nella relazione annuale di bilancio della Banca dei Regolamenti Internazionali BRI del giugno 2019; al documento di lavoro pubblicato dalla BRI il 9 agosto 2019 ove si richiedeva la presa di “misure non convenzionali di politica monetaria” al fine di “proteggere l'economia reale da un ulteriore deterioramento del quadro finanziario”; alla pubblicazione da parte del fondo comune di investimento BlackRock, in data 20 agosto 2019, di un white paper intitolato “Dealing with the next downturn”; alla riunione dei banchieri centrali dei paesi G7 del 22-24 agosto 2019 per discutere il documento BlackRock e chiedere di affrontare la mancanza di liquidità sui prestiti a breve termine; al programma di politica monetaria di emergenza della Federal Reserve (Fed), lanciato il 17 settembre 2019 per pompare centinaia di miliardi di dollari a Wall Street ogni settimana; all'ordine esecutivo firmato dal presidente

Trump il 19 settembre 2019 relativo all'istituzione di una task force nazionale sui vaccini antinfluenzali con l'obiettivo di sviluppare un piano quinquennale nazionale per promuovere le tecnologie di produzione dei vaccini; e infine all'"Event 201", un esercizio strategico per simulare una pandemia globale di zoonosi (cfr. Schreyer 2020, pp. 93-101).

In data 23 gennaio 2020, il governo della Repubblica Popolare Cinese ha imposto il coprifuoco a Wuhan e in altre città della provincia di Hubei per arginare la diffusione del coronavirus. Allo stesso tempo, l'incontro annuale del WEF si è comunque svolto a Davos dal 21 al 24 gennaio 2020. In quell'occasione si è discusso della situazione economica e del virus. Ufficialmente, e questo non è un mormorio cospiratorio, "in un'unica configurazione" vi hanno partecipato "personaggi di spicco del governo, delle imprese e della società civile, nonché stakeholder provenienti da tutto il mondo" (Monck 2021). Quasi due mesi dopo, l'11 marzo 2020, l'OMS ha dichiarato che la diffusione del Covid-19 era una pandemia.

I.2 Crisi di natura sociale

Gli attuali contesti di crisi "superano quelli delle tradizionali crisi economiche del capitalismo. Si tratta infatti di un processo multidimensionale, i cui singoli momenti hanno una loro dinamica,

ma sono tutti collegati alla modalità di produzione capitalistica, interagendo tra loro in un rapporto dialettico.” (Secondo Wahl 2021), questo aspetto coinvolge soprattutto le crisi fondamentali dovute al carattere della società come società di classe, ovvero le crisi riguardanti disoccupazione, povertà e anomia. Le loro conseguenze, tra l'altro, includono fame o cattiva alimentazione, danni alla salute e malattie, vita di strada (dei senzatetto), movimenti e migrazioni di rifugiati, radicalizzazione all'interno della società e segni di agonia sociale.

Le crisi sociali si manifestano nel rapporto intergenerazionale e in numerosi settori sociali: nelle scuole e negli istituti di istruzione superiore; nel sistema sanitario; nella mobilità e nei trasporti; nel campo della cultura; in breve: in tutti gli ambiti del tempo libero e dei servizi di interesse generale. Le crisi all'interno della società sono state esacerbate non solo dalla privatizzazione di servizi precedentemente forniti pubblicamente dallo Stato e delle strutture sanitarie, da partenariati pubblico-privato e in generale dall'economizzazione del sociale, implementata a livello globale e orientata al profitto (cfr. Bröckling, Krasmann & Lemke 2000).

Un indicatore chiave della crisi sociale è la deriva sociale della popolazione in pochi super-ricchi e in un numero crescente di diseredati e poveri. E tra questi due ceti si trova poi un'ampia classe

media guidata dalla speranza di avanzamento sociale, ma minacciata dal declino sociale (cfr. Huinink & Schröder 2019; Butterwegge 2020 e 2021). La coesione sociale si sta dissolvendo. Questo fenomeno lo si riscontra nella segregazione spaziale. Basti pensare ai quartieri residenziali protetti dei ricchi e ai quartieri insicuri, trascurati, problematici e inquinati della popolazione povera. E lo si riscontra anche nei pregiudizi e negli attacchi rivolti ad ebrei, musulmani e di matrice xenofoba generale che colpiscono nel contesto della disintegrazione sociale (Oeser 2015). Questi fenomeni mettono alla luce delle profonde lacerazioni e dei deficit sociali profondi nell'integrazione sociale delle minoranze, nonché un livello elevato di aggressione sociale.

Sono particolarmente colpiti i gruppi di popolazione senza diritto di veto, ovvero bambini, genitori single e anziani, spesso bisognosi di cure, senz'altro, lavoratori a basso reddito, lavoratori a orario ridotto e persone senza titolo di studio, nonché persone che soffrono di malattie croniche. Tra i bambini e gli adolescenti, i più colpiti sono i bambini e gli adolescenti poveri (circa il 20 per cento in Germania) che rimangono indietro a scuole e nella formazione professionale e in futuro risentono maggiormente lo stress delle crisi sociali.

I lavoratori dai redditi bassi, dopo la pensione si ritrovano dinnanzi ad un futuro caratterizzato dall'impoverimento. Spesso i pesi molte-

plici, soprattutto per i genitori single e per i lavoratori a basso reddito, si traducono in un aumento delle malattie croniche di natura fisica e psichica e nella morte prematura. La loro alimentazione consiste in alimenti prevalentemente tossici (che contengono diserbanti come il glifosato) e medicinali (quali ad esempio gli antibiotici). I malati di cancro e coloro che soffrono di malattie cardiovascolari si ritrovano in un sistema medico che privilegia i pazienti privati.

In parte esausta per lo stress fisico e psicologico sul posto di lavoro, in parte per la mancanza di requisiti educativi e per la mancanza di prospettive, gran parte della popolazione trascorre il proprio tempo libero in eventi sportivi e di altro tipo o davanti alla televisione, dove dopo il lavoro giorno dopo giorno vengono presentati film gialli e thriller e diverse serie televisive che rappresentano i momenti “culmine” dell'intrattenimento di massa che atrofizza il cervello. I programmi e i notiziari televisivi suscitano in modo subliminale timore e preoccupazione. In questo modo si producono insonnia, depressioni, attacchi di panico e stress. Le misure preventive prese dai membri della classe media per disporre di riserve finanziarie in caso di malattia e vecchiaia falliscono a causa delle perdite di introiti e per via dell'inflazione. Il risultato è un clima sociale di paralisi, perplessità e timore del futuro, dissoluzione sociale, sfiducia e brutalità (Bauer & Platta 2012).

Le disparità prodotte dalla crisi all'interno delle società dei singoli paesi si ripetono su scala globale (cfr. Hamm 2004 e 2006). Il divario di prosperità tra i paesi dalla struttura sociale relativamente equilibrata e quelli della periferia è drammatico. Mentre le popolazioni dei paesi poveri soffrono di guerre, distruzioni e disastri naturali, quelle dei paesi privilegiati ne vengono in gran parte risparmiate. Ma i diseredati, tra l'altro, si “salvano” attraverso il crimine, il terrore, la prostituzione e la fuga. La migrazione dai paesi poveri e devastati dalle guerre non risolve i problemi sociali nei paesi di origine, non facendo che creare ulteriori conflitti sociali e crisi nei paesi di destinazione.

I.3 Crisi politiche

Oltre alle crisi economiche e sociali centrali, si intensificano le crisi sul versante politico. Queste crisi riguardano il sistema della democrazia parlamentare rappresentativa, i vari ambiti dell'organizzazione politica e il rapporto tra questi e la popolazione. Il terrorismo è considerato la sfida politica centrale. La cosiddetta “guerra contro il terrorismo” internazionale dichiarata all'indomani dell'11 settembre da allora è servita da pretesto per prendere delle misure di polizia a livello nazionale e di politica estera e militare, che a loro volta minano il sistema democratico.

Le crisi globali fondamentali, sul versante politico ed ideologico, vengono sostenute dall'Occidente dei valori o rifacendosi a Islam, induismo, cristianesimo o a Buddha. A livello internazionale, attualmente si risuscitano le vecchie immagini del nemico nello stile della Guerra Fredda. La Federazione Russa e la Repubblica Popolare Cinese vengono demonizzate come dei presunti focolai di minaccia. Anche i singoli paesi di origine dei rifugiati, come Iran, Iraq, Afghanistan, Siria o Mali, vengono visti come una minaccia al “nostro modo di vivere”.

Anche le alleanze come quella dell'UE e della NATO a livello sovvraregionale sono colpite da sconvolgimenti politici. La Germania sta vivendo dei fenomeni di crisi negli organi rappresentativi: i parlamenti. Da un lato vi sono distorsioni nel rapporto tra la popolazione e la classe politica. Parole chiave quali l'ingovernabilità (cfr. Bossle 1984) segnalano invece delle carenze nel rapporto tra i parlamenti (e governi) e la popolazione.

In termini rappresentativi, ci sono sviluppi verso una crisi, ad esempio, se gettiamo uno sguardo sulla questione dei legami di partito e del comportamento di voto. Ulteriori segnali di perdita di fiducia nei parlamenti e nei partiti rappresentati sono movimenti sociali e di base o movimenti internazionali quali Occupy Wall Street (cfr. *Le Monde diplomatique* 2011; Graeber 2012). Proteste e manifestazioni di massa

a livello nazionale come quelle dei gilet gialli in Francia, in Grecia durante la crisi dell'euro e attualmente in Italia, Spagna, Portogallo e Polonia, nonché al di fuori dell'Europa, sono degli indicatori di sconvolgimenti politici (Marg & Walter 2013).

Le crisi delle democrazie parlamentari rappresentative costituiscono una tematica centrale affrontata in numerose pubblicazioni scientifiche. Nel suo testo intitolato “Post-Democrazia”, Colin Crouch (2004/2020) ha esaminato dei fenomeni quali il disincanto nei confronti della politica, i tagli sociali e le privatizzazioni. Martin Sebaldt (2015) ha attestato che le democrazie contemporanee evidenziano dei tratti patologici. Claudia Ritzi (2014) esprime il suo rammarico riguardante il processo di “post-democratizzazione del pubblico politico”.

Nell'era della globalizzazione e del crescente potere statale, secondo Sheldon Wolin (2008), la democrazia è solo un bene volatile (“fugitive democracy/democrazia fuggitiva”) e una sorta di totalitarismo invertito (“inverted totalitarism”). Secondo la sua tesi sugli USA, sarebbe emersa una tecnica di governo post-democratica che combina elementi della democrazia liberale con quelli dei sistemi politici totalitari.

La critica inoltre accenna alla “perdita dell'uguaglianza politica” (Schäfer 2013), di “democrazia difettosa” (Merkel 2004 e 2006) e di

“democrazia di facciata” (Streeck 2013; Mies & Wernicke 2018). Danny Michelsen e Franz Walter (2013) hanno criticato la democrazia “apolitica”, mentre Ingolfur Blühdorn (2013) muove la sua critica nei confronti della democrazia “simulativa”. Si costaterebbe un graduale cambiamento nella forma della politica. Nel corso di questo processo, i valori e le procedure democratiche, nonché l’idea della sovranità democratica, da un lato sarebbero minate nella loro sostanza, ma dall’altro continuerebbero ad essere falsificate e simulate.

Un contributo decisivo al successo della simulazione (vedi Krüger 2013) tra l’altro lo hanno dato i media stampati ed elettronici, le scienze sociali dipendenti dai finanziamenti, le fondazioni politiche e i gruppi di esperti e “intero sistema educativo (vedi Hamm & Smandych 2011). Un ruolo non trascurabile lo gioca il fatto che le democrazie simulano in tal mondo la loro “autenticità” da rifarsi ad un “democratic rollback”, riferendosi alle autocrazie al potere (cfr. Diamond 2008, 2016). In questo modo, distraggono il pubblico da sviluppi dannosi per la democrazia e da decisioni antidemocratiche prese al loro interno.

In questo modo, la demonizzazione politica - non sempre a torto - prende di mira paesi, partiti di destra, incidenti razzisti e personalità generalmente viste come “populiste” o “autocratiche”. Il riferimento agli sviluppi populistici e retro-fascisti di destra serve a distogliere

l'attenzione dalle crisi politiche della democrazia, favorendo dunque il “white washing” della propria linea politica. Puntare il dito contro il governo di altri paesi permette di far apparire la propria politica quasi priva di qualsiasi tipo di censura. Laddove gli errori risultano indiscutibili, questo è visto come un segno di allerta dei media in una democrazia capace di “difendersi”.

A livello europeo e internazionale, le sanzioni economiche, i conflitti armati e le operazioni militari armate simboleggiano il fallimento della diplomazia politica e il rifiuto di chi ci governa di instaurare delle forme pacifiche di riconciliazione geopolitica degli interessi (vedi la lista delle guerre e dei conflitti armati in corso nel 2021). Di fronte al “disordine a livello mondiale” causato dalla crisi (cfr. Roithner 2006), Robert Kurz (2003) parla della minaccia rappresentata da una “guerra di ordine mondiale”.

II. La modalità di affrontare una crisi

Al momento ci troviamo in un periodo di escalation di tutte le crisi e di tutti gli sconvolgimenti incipienti che producono sconvolgimenti e cambiamenti fondamentali di natura politica, sociale ed economica. Le crisi centrali fondamentali a livello politico, sociale ed economico includono sempre una dimensione ecologica. Questo aspetto si nota nel settore economico, ad esempio, a causa dello sfruttamento spietato delle materie prime e dell'emissione di sostanze inquinanti nel corso della generazione di energia e della produzione industriale.

Le crisi richiedono profondi cambiamenti e sconvolgimenti fondamentali. Queste crisi sono tracciate in un modo generalmente conforme al capitalismo nel programma del “reset” annunciato da Klaus Schwab & Thierry Malleret (2020) in occasione del WEF e discusso nell'anno del coronavirus, il 2020. Il tutto era già stato preceduto da altri studi, quali ad esempio il program paper per un “modello di crescita inclusivo” redatto per conto del governo tedesco (Bertelsmann Stiftung 2014-2018 e 2018). La propaganda “reset” parla della “Quarta Rivoluzione Industriale” (Schwab 2016), mentre il Ministero Federale tedesco dell'Istruzione e della Ricerca (2013) parla di “Industria 4.0”.

Qui di seguito si delineano quali sono le svolte attualmente riconoscibili e come - sotto le premesse prevalenti del capitalismo e

dell'imperialismo - si stia reagendo alle crisi esistenti: politicamente nello stile di una dittatura intelligente (Welzer 2017) o di una dittatura soft o di un “totalitarismo morbido” (Hirsch 2013); socialmente attraverso un regime di igiene comunitaria biofascista; economicamente attraverso il controllo digitale e la governance biopolitico-farmacologica (Lange & Schimank 2004) nel contesto del capitalismo della sorveglianza.

II.1 Verso un regime totalitario morbido

Le crisi politiche del 21° secolo hanno raggiunto proporzioni globali e un'intensità che sconvolge il sistema. Visto che tutti i sistemi politici dispongono di un monopolio sul versante dell'uso della forza, le crisi minacciano soprattutto il potenziale di potere dei governi, delle burocrazie e dei partiti.

Per usare le parole di Sheldon Wolin (2008), la dittatura nazista ha superato le crisi politiche della democrazia di Weimar per mezzo di un “regime di mobilitazione” totalitario. E questo regime si basava sul comando e sull'obbedienza. La situazione prospettata dall'attuale crisi politica e democratica sarebbe invece diversa. La forma postmoderna del “totalitarismo invertito” (Wolin) si basa su una profonda depoliticizzazione della popolazione e su meccanismi di oppressione

piuttosto morbidi e appena percettibili. Si potrebbe dunque rinunciare alla figura di un unico leader centrale.

In questo contesto, vengono anche citati i documenti del WEF, in cui si dice che “ci vuole un grande reset per stipulare un nuovo contratto sociale che onori la dignità di ogni essere umano”. (Monck 2021) In vista della crisi politica, il “grande nuovo reset” richiede “un nuovo contratto sociale che metta al centro la dignità umana e la giustizia sociale” (op. cit.).

Del fatto che tali parole dal tono morbido servono a cullare la popolazione politicamente e completamente incapace, si rende conto chi comprende che i membri del World Economic Forum sono principalmente interessati a mantenere le strutture capitaliste e imperialiste dominanti, consolidandole “in modo sostenibile”. E queste strutture sono esattamente quelle che hanno prodotto le varie crisi che stiamo vivendo attualmente. Il dominio nello stile della lirica del “reset” secondo una modalità totalitaria soft si (tra)veste da protezione paternalistica; le misure per arginare il coronavirus vengono giustificate come delle misure necessarie volte alla protezione dei gruppi vulnerabili, degli anziani e delle persone bisognose di cure.

Il “totalitarismo invertito” - visto superficialmente e nei suoi inizi - non usa gli stessi metodi brutali, un’ideologia razzista comparabile e

un leader dittatoriale come tramandati dall'era nazista. Piuttosto, diffonde la narrativa del governo premuroso in veste democratica. La massima priorità sarebbe rivolta alla tutela di tutti i cittadini. Si farebbe di tutto per non sovraccaricare gli ospedali, per evitare decisioni di triage, per ridurre i dati di incidenza. Inoltre, ci si impegnerebbe per rispettare rigorosamente le regole AHA o AHA+L, le procedure dei test, lo sviluppo rapido e l'applicazione a tappeto delle sostanze "vaccinali" (che sono sostanze geneticamente modificate) nonché l'applicazione di ordini "protettivi" a 3G (getestet-geimpft-genesen/testato-vaccinato-curato) e/o a 2G (geimpft-genesen/vaccinato-curato) (cfr. Bandelt 2021).

In contrasto con l'odio xenofobo contro l'elemento detto "subumano" ad opera dei nazisti, alle finestre sono appesi slogan amichevoli come "Welcome refugees", "Create dei porti sicuri" o "Ponte aereo immediato". La narrativa prevalente incentrata sulla protezione e sull'aiuto viene accettata acriticamente e senza contraddizione dalla maggior parte di tutti i media che non solo la accolgono, ma la diffondono e la decorano in modo variopinto.

Ma se qualcuno, per lo più per buone ragioni, osa opporsi a questa narrativa, però, intervengono le forze dell'ordine e la polizia. I manifestanti vengono vessati, le manifestazioni vengono vietate. Si eseguono delle perquisizioni a domicilio. Si crea un'agitazione

pubblica - anche con il pretesto di un “antifascismo impotente” caduto nel dimenticatoio della storia (Haug 1967) - infliggendo delle multe. Le obiezioni scientificamente fondate non vengono tollerate, ma etichettate come “poco serie”, patologizzate come “covid-idiote” e ridicolizzate come se fossero l’espressione di un complotto. Tutte le persone scettiche e critiche vengono emarginate in blocco come “Reichsbürger” o “mob di destra” o bollate come se fossero “nazisti” o “antisemiti”.

I metodi attuali messi in atto dalla classe politica dominante - paragonati con quelli attuati dal regime nazionalsocialista di allora - sono più soft e indeboliti in un senso totalitario morbido. Ecco perché contano su un consenso ampio, cieco e consenziente. Il governo riesce a bollare tutti gli scettici chiamandoli “egoisti”. Con l’accesso a un vecchio slogan di battaglia politica del movimento operaio, impegnato nella solidarietà (di classe), le richieste di libertà e il diritto all’autodeterminazione vengono respinte come “non solidali”.

Nonostante le misure e gli interventi antidemocratici che limitano la libertà, sia i sindacati che le chiese e la popolazione in generale si mantengono calmi e passivi. Le restrizioni derivanti dalla politica statale di emergenza e dei pieni poteri vengono compensate con grande abilità per mezzo di sussidi di lavoro a orario ridotto, risarcimenti dei salari persi, l’opzione di lavorare da casa, la creazione

di centri di “vaccinazione” e di test, la messa a disposizione di autobus “vaccinazione”, il coinvolgimento di medici di famiglia e aziendali, esami gratuiti e “vaccinazioni” multiple, attraverso i servizi di emergenza negli asili nido, la distribuzione di laptop agli studenti, l’home learning, ecc.

Dopo oltre un anno e mezzo di “pandemia di proporzioni nazionali”, c’è da temere che il regime totalitario morbido sarà permanente, anche perché le contraddizioni sociali e le conseguenze della crisi economica e finanziaria per il momento non fanno che favorire gli sviluppi orientati a dei modelli storici ritenuti superati, apportando le dovute modifiche agli stessi.

II.2 Tendenza verso la comunanza biofascista

Il regime nazista ha contrastato gli sconvolgimenti sociali della precedente Repubblica di Weimar con l’ideologia della comunità del popolo senza classi. La base della massa del popolo si basava sul mito della razza ariana. Il loro profilo “biologico” è stato affinato, distinguendo la maggioranza “purosangue” dalle minoranze sociali. Secondo l’interpretazione fascista, queste minoranze sociali erano “indegne di vita”, “inferiori”, “dannose per la comunità” o “criminali”, “parassiti del popolo” e “colpevoli di mescolanza razziale”.

Vista la sfida attuale di affrontare le crisi sociali del XXI secolo, si pone anche il problema della mancanza di formazione comunitaria e di legame comunitario. Anche il WEF constata questo con rammarico, senza, ovviamente, nemmeno accennare alle cause che hanno prodotto questa divisione sociale. Alla ricerca di approvazione, senza eseguire alcuna analisi, infatti, afferma: “La crisi sanitaria globale ha rivelato la mancanza di sostenibilità del nostro vecchio sistema in termini di coesione sociale e la sua mancanza di pari opportunità e inclusività. Né possiamo voltare le spalle, facendo finta di non vedere gli abusi causati dal razzismo e dalla discriminazione. In questo nuovo contratto sociale dobbiamo infatti integrare la nostra responsabilità intergenerazionale.” (Monck 2021)

Vista la “crisi sanitaria” a cui fanno riferimento Klaus Schwab e il WEF, la politica sta rispondendo alla crisi sociale in una modalità che ricorda il metodo fascista volto alla costruzione di una base di massa. Come nel nazifascismo, si parte dall’assunto di un concetto del “corpo popolare”, che nel caso in esame non è minacciato dalle persone “che non fanno parte della razza”, ma da un virus contagioso. Questo corpo popolare - in una modificazione della follia razziale - nella follia igienica si costituisce come un collettivo organico minacciato dal Covid-19 (vedi Bandelt 2021).

Ma a differenza del fascismo di allora, le minoranze sociali - ebrei, sinti e rom o omosessuali - non sono viste come una minaccia per il “popolo nella sua interezza”. Piuttosto, emerge una nuova minoranza sociale. E questa minoranza sociale comprende le persone che si oppongono al “vaccino”, rifiutando dunque di farselo iniettare. Dai media che si vedono come portavoce del governo e anche su ordine di “esperti” e di attori politici vengono emarginati come “Schwurbel” (parola che risale all'epoca del tedesco medio e indica una persona che dice cose insensate), “negazionisti del coronavirus” e “oppositori del vaccino”, come “egoisti”, “privi di solidarietà” e “rischio di contagio”. Vengono denunciati come un nuovo tipo di “parassiti del popolo”.

Si sta sviluppando segretamente un programma eugenetico, che privilegia la maggioranza del “corpo nazionale” della comunità dell'igiene “vaccinata”, negando alla minoranza i suoi diritti umani e le libertà democratiche. Sotto gli auspici “transumanisti” (cfr. Loh 2018), sta emergendo una variante post-fascista della bio-politica e della politica demografica (cfr. Folkers & Lemke 2014; Stingelin 2003).

Riesce a smentire le sue origini nazionalsocialiste (cfr. Lifton 1988) perché ampie fasce della popolazione sulla base della dissonanza cognitiva e in buona fede continuano a partire da due convinzioni di

fondo: “Nessun governo ci farebbe questo. 'Se lo facesse, la stampa lo esporrebbe.” (Lehnhoff 2021, p. 15)

Invece della dottrina razziale dell'era nazista oggi obsoleta, i rappresentanti conformisti della virologia e dell'epidemiologia al momento stanno definendo i criteri di quello che è dannoso per la comunità e di quello che invece non lo è. Come a quei tempi, anche se modificato, si ripete un “fondamentalismo medico” (Bauer 2021, p. 23 ss.). Oggi come allora, questo fondamentalismo si allea con gli interessi (di profitto) delle grandi imprese farmaceutiche (cfr. Gotzsche 2021). Come ai tempi di IG Farben (cfr. Borkin 1979), l'alleanza tra la politica dello stato e gli interessi economici creano nuove strutture corporative, modificate dal governo, che cercano di “accaparrarsi la popolazione” (cfr. Kaupen-Haas 1986).

Le contraddizioni sociali oggi come oggi non vengono coperte dall'ideologo fascista di una comunità razziale e nazionale senza classi. Mediante degli slogan quali “Noi. Tu. Tutti. - Insieme contro il coronavirus”, gli sconvolgimenti sociali nelle pubblicità e sui manifesti vengono banalizzati. I critici e gli scettici vengono esclusi dalla società come “subumani”.

Visto che la propaganda in generale li localizza “nell'ambiente di destra”, cade nel dimenticatoio la consapevolezza che la stessa comunità dell'igiene che “lotta” contro il virus del Covid-19

rappresenta la base di massa di una socializzazione di stampo biofascista. Chi accusa gli altri di essere di destra, in questo invalida il sospetto di essere interessato personalmente ad una variante modificata del fascismo, ma anche di implementarla.

II.3 Capitalismo farmaceutico e della sorveglianza

Come si può dedurre dalla spiegazione di Ernst Fraenkel (1974, p. 204) a proposito del periodo di Weimar, “durante la Grande Depressione... i poteri dello stato in ambito economico erano aumentati notevolmente. Solo grazie all’intervento del governo si sono potuti evitare i fallimenti nel settore bancario e nell’industria del carbone e dell’acciaio. Il Reich ha esteso i suoi poteri di intervento per regolamentare quasi tutti i settori dell’attività economica.” La politica economica nazista su questa base è riuscita a portare avanti questa forma di capitalismo nel periodo dopo il 1933.

Prima e all’indomani del 1933, l’intreccio tra lo Stato e la società noto come corporativismo fu decisivo sul versante della politica economica. La situazione attuale ricorda anche la forma del “capitalismo organizzato” sostenuto dallo stato e rimodellato in chiave corporativa (Rudolf Hilferding).

Fabio Vighi (2021) riassume la politica recente attribuendole le caratteristiche seguenti: “I lockdown e la sospensione mondiale delle

transazioni economiche dovrebbero prima consentire alla Fed di inondare i mercati finanziari in difficoltà con denaro appena stampato, ritardando allo stesso tempo l'iperinflazione; e in secondo luogo, di introdurre programmi di vaccinazione di massa e passaporti sanitari come pilastri di un regime neofeudale di accumulazione capitalista.”

La politica federale tedesca sovvenziona l'industria farmaceutica e le strutture commerciali e di monitoraggio digitali con importi dell'ordine di miliardi, in linea con la visione capitalista del “reset” sostenuta da Klaus Schwab e dal WEF.

L'aspetto non menzionato dai sostenitori del “reset” è che i lockdown e le altre restrizioni della politica del coronavirus hanno portato molte aziende di medie dimensioni sull'orlo della rovina. Piccoli negozi e piccole attività commerciali sono stati costretti a rimanere chiusi. I club sportivi e per il tempo libero hanno perso membri. Ai ristoranti e agli hotel sono venuti a mancare gli ospiti. Le persone che si occupano di letteratura, musica e arti visive hanno dovuto rinunciare agli introiti provenienti dalle conferenze, i concerti e le mostre. Non si sa ancora quanti piccoli bar, teatri, cinema, compagnie di taxi, chioschi, palestre e strutture per il tempo libero alla fine sopravviveranno.

Al contrario, il “Pacchetto per la congiuntura e il futuro” (Konjunktur- und Zukunftspaket) del Governo federale tedesco nel 2020

ha messo a disposizione oltre 40 miliardi di euro per le misure da prendere nel settore della digitalizzazione (cfr. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020; Bauer 2020). Le grandi aziende dei settori high tech, big data e big pharma in grande fioritura durante il lockdown come se ciò non bastasse sono anche state sovvenzionate. Sono previsti, tra l'altro, investimenti di 25,8 miliardi di euro per la digitalizzazione nei settori dell'economia, della cultura, dell'amministrazione, della scuola, della sanità e dell'esercito. Una parte di questi investimenti, 10,5 miliardi, sono stati destinati esclusivamente a degli scopi militari, otto miliardi alla sanità, quattro miliardi a singoli settori dell'economia e un miliardo alla "cultura", cioè alla promozione delle offerte digitali.

Altri 11 miliardi di euro sono stati stanziati per il finanziamento della tecnologia 5G e 6G, la tecnologia quantistica e l'intelligenza artificiale. 3,65 miliardi di euro verranno impiegati per l'espansione della banda larga in fibra ottica, la creazione dell'accesso online nazionale, la copertura della telefonia mobile sulle ferrovie e il cosiddetto programma "Smart City".

La crisi economica fondamentale è stata e anche in futuro verrà contrastata con miliardi di entrate fiscali. L'industria farmaceutica beneficia sia dei finanziamenti governativi per lo sviluppo di sostanze "vaccinali" sia dell'acquisto garantito delle stesse. Le questioni relative

alla responsabilità sanitaria delle aziende farmaceutiche o alla valutazione dell'impatto della tecnologia o della tecnologia associata alla digitalizzazione, ad esempio rischi di radiazioni, sorveglianza e spionaggio (vedi Bruder, Bialluch, Zimmering, Nielsen & Günther 2020) vengono messe del tutto tra parentesi.

Investire in progetti di digitalizzazione e promuovere le grandi industrie farmaceutiche e le scienze della vita è dato per scontato come se si trattasse di un compito statale finanziato con le imposte della popolazione. I beneficiari dei sussidi sono le potenti superaziende dell'industria farmaceutica e digitale già incontrollabili di per sé.

Quest'ultimo settore è alquanto abile quando si tratta di evadere il fisco. E come per ricambiare, le imprese digitali stanno censurando e rimuovendo dalla rete le voci critiche nei confronti del governo (il 16 settembre 2021 sono stati cancellati circa 150 canali Facebook). La stessa cosa viene fatta dalle piattaforme su YouTube che agiscono nell'interesse del governo. Inoltre, permettono allo stato di partecipare al loro modello di business di spionaggio dei dati e ricerca sugli utenti (vedi Sturm 2021). In questo modo, in un certo senso nell'interesse reciproco, funziona il capitalismo della sorveglianza digitale: Stato ed economia condividono lo stesso compito e si sostengono a vicenda nel controllare il comportamento degli individui

e dei collettivi nel senso della governance, la forma contemporanea del corporativismo classico.

III . Post-scriptum

Il mio contributo indica dei punti di svolta che - sotto le premesse del capitalismo e dell'imperialismo - reagiscono alle crisi esistenti della politica, della società e dell'economia in modo tale che un totalitarismo morbido basato sul fascismo dell'igiene si dirige verso un sistema economico dominato dalla tolleranza statale di big pharma, big data e big money.

Chi segue il mio ragionamento potrebbe avere l'impressione che lo sviluppo da me descritto sia irreversibile. Vorrei oppormi a questo, indicando un percorso di sviluppo diverso che permette di uscire dalla crisi: Infatti, sul versante politico, a livello mondiale sono concepibili delle strutture democratiche di base e consiliari, in autoamministrazione, prive delle strutture burocratiche di governo, senza la soppressione di chi la pensa in modo diverso e soprattutto senza l'esercito, la violenza e le guerre imperialiste. Le società cooperative in libertà e la solidarietà umanistica basate sull'amicizia tra i popoli e la reciprocità culturale non sono solo immaginabili, ma corrispondono anche al desiderio e alle esigenze di numerose persone su questo pianeta. La creazione di un'economia non capitalista a beneficio della specie umana, senza lo sfruttamento causato dall'avidità di profitto che disprezza l'essere umano e la natura, anche per ragioni ecologiche, fa parte dell'agenda.

Senza dubbio, l'utopia non si realizzerà senza contraddizioni, e solo se veramente si aspira ad essa. Senza una presa di coscienza e un risveglio dolorosi, i membri della specie umana non riusciranno a liberarsi dall'immaturità forzata, dallo status neocoloniale di second'ordine e dalla schiavitù addolcita dal consumo.

Bibliografia

Armingeon, Klaus (ed.) (2013): *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS

Bandelt, Hans-Jürgen (2021): Klarheit über die Rote Linie. *ftf* del 16.09.2021. <https://tkp.at/2021/09/16/klarheit-ueber-die-rote-linie/> (29.09.2021)

Bauer, Rudolph (2021): *Vernunft in Quarantäne*. Bergkamen: pad, traduzione italiana: La ragione in quarantena, Il lockdown come abbandono della civiltà e il fallimento della politica, ProMosaik LAPH 2021.

Ders. (2020): Digitalisierung im Konjunkturpaket. *NachDenkSeiten*, 15 giugno 2020. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=62018> (29.09.2021)

Bauer, Rudolph & Platta Holdger (ed.) (2012): *Kaltes Land*. Amburgo: Laika

Becker, Rolf (2009): Faschismus – ein Weg aus der Krise. *Ossietsyky*, 13.02.2009. <https://www.linksnet.de/artikel/24151> (24.09.2021)

Bertelsmann Stiftung (2014-2018): *Inklusives Wachstum für Deutschland*. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere->

projekte/abgeschlossene-projekte/inclusive-growth/projektbeschreibung (26.09.2021)

Bertelsmann Stiftung (2018): *Wohlstand für alle?*
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/januar/wohlstand-fuer-alle-deutschland-braucht-eine-neue-wirtschaftspolitik> (26.09.2021)

Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie*. Berlino: Suhrkamp

Borkin, Joseph (1979): *Die unheilige Allianz der IG Farben*. Francoforte sul Meno, New York: Campus

Bossle, Lothar et alia (1984): *Die Unregierbarkeit als Gefährdung der Demokratie*. Monaco di Baviera: Nymphenburger

Bracher, Karl Dietrich (1969): *Die deutsche Diktatur*. Colonia, Berlino: Kiepenheuer & Witsch

Bröckling, Ulrich, Krasmann, Susanne & Lemke, Thomas (2000) (ed.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Francoforte sul Meno: Suhrkamp

Bruder, Klaus-Jürgen, Bialluch, Christoph, Zimmering, Raina, Nielsen, Bernd & Günther, Jürgen (ed.) (2020): „*Digitalisierung*“. Francoforte sul Meno: Westend

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020):
Konjunkturpaket: Bundesregierung investiert in digitale Zukunft.
<https://www.onlinezugangsgesetz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/Webs/OZG/DE/2020/konjunkturpaket.html> (29.09.2021)

Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013):
Zukunftsbild „Industrie 4.0“: Hightech-Strategie. Bonn: BMBF.
https://www.plattform-i40.de/IP/Redaktion/DE/Downloads/Publikation/zukunftsbild-industrie-4-0.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (29.09.2021)

Butterwegge, Christoph (2021): *Armut.* Colonia: PapyRossa

Ders. (2020): *Ungleichheit in der Klassengesellschaft.* Colonia:
PapyRossa

Corporate Europe Observatory & LobbyControl (ed.) (2021):
Die Lobbymacht von Big Tech. Bruxelles e Colonia

Crouch, Colin (2008/2020): *Postdemokratie.* Francoforte sul
Meno, Berlino: Suhrkamp

Diamond, Larry (2008): The Democratic Rollback. *Foreign
Affairs* 2, p. 36–48

Diamante, Larry, Plattner, Marc. F. & Walker, Christopher
(ed.) (2016) *Authoritarianism Goes Global.* Baltimora

Eyßell, Tim (2015): *Die korporatistische Governance sozialer Dienste*.
Wiesbaden: Springer VS

Folkers, Andreas & Lemke, Thomas (ed.) (2014): *Biopolitik. Ein Reader*. Berlino: Suhrkamp

Fraenkel, Ernst (1974): *Der Doppelstaat*. Francoforte sul Meno, Colonia: Europäische Verlagsanstalt

Gotzsche, Peter C.: *Tödliche Medizin und organisierte Kriminalität*.
Monaco di Baviera: riva

Graeber, David (2012): *Inside Occupy*. Francoforte sul Meno, New York: Campus

Hamm, Bernd & Smandych, Russell (ed.) (2011):
Kulturimperialismus. Berlino: Kai Homilius

Hamm, Bernd (2006): *Die soziale Struktur der Globalisierung*.
Berlino: Kai Homilius

Ders. (ed.) (2004): *Gesellschaft zerstören*. Berlino: Kai Homilius

Haug, Wolfgang Fritz (1967): *Der hilflose Antifaschismus*.
Francoforte sul Meno: Suhrkamp

Hirsch, Joachim (2013): Sanfter Totalitarismus. *links-netz*,
Agosto 2013. http://old.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_sanft.html (29.09.2021)

- Huinink, Johannes & Schröder, Torsten (ed.) (2019): *Sozialstruktur Deutschlands*. 3. ed. Stoccarda: utb
- Kaupen-Haas, Heidrun (ed.) (1986): *Der Griff nach der Bevölkerung*. Nördlingen: Franz Greno
- Krüger, Uwe (2013): *Meinungsmacht*. Colonia: Herbert von Halem
- Kurz, Robert (2003): *Weltordnungskrieg*. Bad Honnef: Horlemann
- Lange, Stefan & Schimank, Uwe (ed.) (2004): *Governance und gesellschaftliche Integration*. Wiesbaden: Springer VS
- Le Monde diplomatique (ed.) (2011): *Atlas der Globalisierung* spezial. 2. edizione. Berlino: taz
- Lehnhoff, Stefan (2021): *Der große CORONA-Betrug*. Bergkamen: pad
- Lewis, Sinclair (1935): *It can't Happen Here*. New York: NAL Trade
- Lifton, Robert Jay (1988): *Ärzte im Dritten Reich*. Stoccarda: Klett-Cotta
- Loh, Janina (2018): *Trans- und Posthumanismus zur Einführung*. Amburgo: Junius

Marg, Stine & Walter, Franz (ed.) (2013): *Die neue Macht der Bürger*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

Merkel, Wolfgang (2013). Die Krise der Demokratie als Forschungsprogramm. *Armingeon* (2013) (p. 473-497)

Ders. (2004): Embedded and Defective Democracy. *Democratization* 5, 33–58

Ders. & Puhle, Hans-Jürgen et alia (2003): *Defekte Demokratie, vol. 1: Theorie*. Wiesbaden: Springer VS

Ders. & Puhle, Hans-Jürgen et al. (2006): *Defekt Demokratie, Vol. 2*. Wiesbaden: Springer VS

Michelsen, Danny & Walter, Franz (2013): *Unpolitische Demokratie*. Francoforte sul Meno: Suhrkamp

Mies, Ulrich & Wernicke, Jens (ed.) (2018): *Fassadendemokratie und tiefer Staat*. Vienna: Promedia

Monck, Adrian: The Great Reset:
http://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Great_Reset_AM21_German.pdf (29.09.2021)

Oeser, Erhard (2015): *Die Angst vor dem Fremden*. Darmstadt: Theiss / Wissenschaftliche Buchgemeinschaft

Ritzi, Claudia (2014): *Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit*. Wiesbaden: Springer VS

Roithner, Thomas (Projektleitung) (2006): *Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg*. Berlino e Vienna: lit

Schäfer, Armin (2013): Der Verlust politischer Gleichheit. *Armington* (2013) (p. 547-566)

Schreyer, Paul (2020): *Chronik einer angekündigten Krise*. Francoforte sul Meno: Westend

Schwab, Klaus (2016): *Die Vierte Industrielle Revolution*. Monaco di Baviera: Pantheon

Ders. & Malleret, Thierry (2020): *COVID-19: Der große Umbruch*. Colonia: Forum

Sebaldt, Martin (2015): *Pathologie der Demokratie*. Wiesbaden: Springer VS

Stingelin, Martin (ed.) (2003): *Biopolitik und Rassismus*. Francoforte sul Meno: Suhrkamp

Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit*. Berlino: Suhrkamp

Sturm, Erich (2021): Julian Assange: dem kommenden Überwachungsregime trotzen. *Neue Rheinische Zeitung* del 29.09. 2021. <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=27648&css=print> (29.09.2021)

Vighi, Fabio (2021): A Self-Fulfilling Prophecy.
<https://thephilosophicalsalon.com/a-self-fulfilling-prophecy-systematic-collapse-and-pandemic-simulation/> (18.09.21)

Wahl, Peter (2021): Vor turbulenten Zeiten. *Unsere Zeit* del 15 settembre 2021. <https://www.unsere-zeit.de/vor-turbulenten-zeiten-2-160424/> (20.09.21)

Wikipedia (2021): Liste der andauernden Kriege und bewaffneten Konflikte.
https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_andauernden_Kriege_und_bewaffneten_Konflikte (23.09.21)

Wolin, Sheldon (2008): *Democracy Incorporated*. Princeton: University Press

Zuboff, Shoshana (2018): *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Francoforte sul Meno, New York: Campus